



Darmstadt, 9. März 2008

## Pressemitteilung

### **Internationale Wochen gegen Rassismus beginnen: Vielfältiges Engagement vor Ort - Politik muss nachziehen**

Anlässlich des Beginns der Internationalen Wochen gegen Rassismus fordert der Interkulturelle Rat in Deutschland die Bundesregierung auf, ihre Anstrengungen im Kampf gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus zu verstärken. „Die mehr als 400 Veranstaltungen, die der Interkulturelle Rat bisher bundesweit im Rahmen der diesjährigen Aktionswochen von 10. bis 23. März verzeichnen kann und die auf der Homepage der Organisation dokumentiert sind, belegen eindrucksvoll, wie groß überall in Deutschland die Bereitschaft ist, sich aktiv gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit einzusetzen“, erklärte Torsten Jäger, der Geschäftsführer des Interkulturellen Rates. Einige Beispiele:

- Der Deutsche Fußball-Bund hat die Vereine der Ersten und Zweiten Liga sowie der Regionalliga gebeten, auf die Internationalen Wochen gegen Rassismus aufmerksam zu machen. Die Vereine wurden angeregt, sich während der Aktionswochen mit Stadionansagen vor den Spielen deutlich gegen Rassismus in und um die Stadien zu positionieren.
- Das Jugendmusical-Theater s'putnike feiert in Espelkamp (Nordrhein-Westfalen) sein 25jähriges Bestehen mit einer großen Jubiläumsrevue: Unter dem Titel „Miteinander – Füreinander“ werden die Jugendlichen am 10. und 11. März Ausschnitte ihrer Musicals aufführen, die die Themen Migration und Integration musikalisch bearbeiten.
- "Frieden und Heimat" heißt das Motto der Kindernachmittage im Deutsch-Irakischen-Verein Leipzig e. V. am 15. und 22. März. Eine deutsche und ein irakischer Grafikdesigner zeichnen bei dieser Veranstaltung mit Kindern beider Nationalitäten für Verständigung und Freundschaft zwischen den Ländern und ihren Einwohnern.

Insgesamt zeichne sich ab, dass in Leipzig und Berlin besonders viele Aktivitäten stattfinden. Alle Bundesländer seien mit Veranstaltungen vertreten. Besonders erfreulich sei die erneut hohe Beteiligung von Schulen.

„Jede einzelne der vielen hundert Veranstaltungen nimmt die Bundesregierung in die Pflicht, das zivilgesellschaftliche Engagement für eine weltoffene Gesellschaft dauerhaft zu unterstützen“ erklärte Jäger. Angesichts steigender Zahlen rechtsextremer



Straf- und Gewalttaten und der zunehmenden Salonfähigkeit von rassistischem und fremdenfeindlichem Gedankengut bestehe dringender Bedarf an staatlich geförderten Strukturen, in denen unabhängig von zeitlich befristeten Projektförderungen an der Überwindung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit gearbeitet werden könne.

Jäger forderte die große Koalition auch dazu auf, endlich den bislang vollkommen unzureichenden Entwurf für einen Nationalen Aktionsplan gegen Rassismus zu überarbeiten und dabei auf die langjährigen Erfahrungen der Nichtregierungsorganisationen zurückzugreifen, die in der Antirassismuserbeit aktiv sind.

„Die Zivilgesellschaft ist mit ihren Aktivitäten im Rahmen der diesjährigen Internationalen Wochen gegen Rassismus eindrucksvoll in Vorleistung getreten. Jetzt ist es an der Zeit, dass die Bundesregierung, die sich in ihrer Koalitionsvereinbarung ausdrücklich zu einer weltoffenen Gesellschaft bekannt hat, nachzieht“, sagte Jäger. Rassismus könne nur dann überwunden werden, wenn die Politik allen Menschen das gleiche Recht auf Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermögliche. Arbeitsverbote und Residenzpflicht für Geduldete oder der Ausschluss von Drittstaatlern vom kommunalen Wahlrecht, so Jäger abschließend, ließen sich damit nicht in Einklang bringen.

#### **Zum Hintergrund:**

*Am 21. März 1960 erschoss die südafrikanische Polizei im Johannesburger Township Sharpeville 69 friedliche Demonstranten, die gegen die ungerechten Passgesetze auf die Straße gegangen waren. Unter dem Eindruck dieses „Massakers von Sharpeville“ und des Fortbestehens des südafrikanischen Apartheid-Regimes forderte die Generalversammlung die Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen 1966 auf, ihre Anstrengungen zur Überwindung jeder Form von Rassismus zu verdoppeln und die nationalen Bildungs- und Erziehungssysteme sowie die Massenmedien im Kampf gegen diskriminierende Praktiken darauf auszurichten, rassistisch geprägten Vorurteilen wirkungsvoll zu begegnen. Sie erklärte den 21. März zum „Internationalen Tag für die Beseitigung der Rassendiskriminierung“. Der 21. März ist damit einer der ersten offiziellen und einer der wichtigsten Gedenktage der Vereinten Nationen.*

*In einer weiteren Resolution forderte die Generalversammlung der Vereinten Nationen ihre Mitgliedsstaaten 1979 dazu auf, alljährlich in Verbindung mit dem 21. März eine Woche der Solidarität mit den Gegnern und Opfern von Rassismus zu organisieren.*